

Rheinische Post vom 12.08.2015 , S. 1

Bis zu 150 000 Flüchtlinge in NRW in diesem Jahr möglich

DÜSSELDORF (hüw) Die Bezirksregierung Arnsberg, die für die Erstaufnahme der Flüchtlinge zuständig ist, rechnet damit, dass in diesem Jahr bis zu 150 000 Asylbewerber nach NRW kommen könnten. Bislang war von 100 000 Menschen die Rede. Bereits jetzt seien aber schon fast 90 000 Flüchtlinge registriert worden. „Deshalb werden es auf alle Fälle mehr als 100 000 sein“, hieß es auf Anfrage.

Der Bürgermeister von Salzgitter, Frank Klingebiel (CDU), möchte „unter Einschränkung des Grundrechts auf Eigentum“ Flüchtlinge in leeren Privatwohnungen unterbringen. Dies wäre eine Art Enteignung, auch wenn die Besitzer Geld bekämen. Unterdessen wurde für die Erstaufnahme-Einrichtung in Dortmund bereits zum fünften Mal ein Aufnahmestopp verhängt. Statt der vorgesehenen 350 Personen sind dort 528 Menschen untergebracht.

CDU-Fraktionsvize André Kuper warf der Landesregierung vor, die Kommunen mit Anordnungen zur Unterbringung von Asylsuchenden zu überziehen, statt mit ihnen zu reden. Die Integrationsexpertin der Fraktion, Serap Güler, betonte, die Asylsuchenden aus den Balkanstaaten seien „keine Flüchtlinge“.

Auf der griechischen Ferieninsel Kos ist es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Flüchtlingen gekommen. Polizisten gingen gegen Migranten vor, um sie auseinanderzutreiben.

Anreiz Taschengeld

VON DETLEV HÜWEL

Keine Frage: Menschen, die als politische Flüchtlinge zu uns kommen, muss geholfen werden. Das geschieht in Deutschland in starkem Maße. Fest steht aber auch, dass die Hilfe nicht unendlich sein kann. Wer nicht politisch verfolgt ist, kann sich nicht auf unser Asylrecht berufen.

Genau das tun aber viele Menschen, die vom Balkan auch nach NRW gelangen. Für sie mag es verlockend sein, eine Zeit lang soziale Wohltaten in Anspruch zu nehmen, zu denen auch das Taschengeld gehört: Vom ersten Tag bekommt auch ein scheinbarer Asylbewerber 142 Euro im Monat. Eine vierköpfige Familie kann mit rund 400 Euro rechnen. Das klingt nicht nach allzu viel, doch das Geld stellt gewiss einen Anreiz dar, zumal die Asylverfahren durchschnittlich sieben Monate dauern.

Der Präsident des Bundesamtes für Migration (BAMF) hat vorgeschlagen, all jenen, die von vornherein keine Aussicht auf Anerkennung als Asylbewerber haben, kein Taschengeld zu zahlen. Je mehr Menschen vom Balkan zu uns kommen, desto dringender wird es, über seinen Vorstoß nachzudenken.